

## Einwohnerrat

Sitzung vom Donnerstag, 26. Juni 2008, 19.00 Uhr, Rathaus

---

Vorsitz: Hermann Steiner, Präsident

Anwesend: Mitglieder des Einwohnerrates: 49  
Mitglieder des Gemeinderates: 7  
Urs Blickenstorfer, Gemeindeschreiber  
Martin Frey, Leiter Finanzabteilung  
Franz Hard, Schulpflegepräsident

Protokoll: Sibylle Hunziker, Gemeindeschreiber-Stv.

Entschuldigt: Cornelia Arnold, Mitglied des Einwohnerrates, SP

- Traktanden:
1. Protokoll der Sitzung vom 15. Mai 2008
  2. Ersatzwahl von Paul Koller als Mitglied der Finanzkommission (anstelle des zurückgetretenen Roland Brühlmann)
  - 3.1 Einbürgerung; Alfante Czarina, geb. 1. November 1991, philippinische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Neustrasse 53
  - 3.2 Einbürgerung; Dakaj Ilir, geb. 2. Januar 1974, Dakaj Aferdita, geb. 16. Januar 1975, Dakaj Luiza, geb. 6. April 1999, und Dakaj Genta, geb. 11. Juni 2004, alle serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Jurastrasse 34
  - 3.3 Einbürgerung; Georgiev Vanco, geb. 20. Januar 1973, Georgiev Vasko, geb. 16. Dezember 1999, und Georgiev Aleksandar, geb. 3. März 2002, mazedonische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Tägerhardstrasse 63
  - 3.4 Einbürgerung; Hampp Fritz, geb. 1. Februar 1954, deutscher Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Lindenhof 18
  - 3.5 Einbürgerung; Kolar Sonja, geb. 11. September 1971, kroatische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Seminarstrasse 93
  - 3.6 Einbürgerung; Rexhaj-Markaj Antoneta, geb. 21. August 1975, Rexhaj David, geb. 9. August 1969, Florian, geb. 1. Januar 1999, und Florentina, geb. 11. Oktober 2004, alle serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Freistrasse 3
  - 3.7 Einbürgerung; Rexhepi Blerta, geb. 3. Oktober 1991, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Alberich Zwyszig-Strasse 49

- 3.8 Einbürgerung; Zekic Elvira, geb. 13. Juli 1977, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Rankstrasse 1
4. Verwaltungsrechnung 2007
5. Rechenschaftsbericht 2007
6. WOV-Pilotbetriebe "tägi" und Bibliothek; Evaluation

## **0. Mitteilungen**

### **0.a Rechtskraft**

Die Beschlüsse der Einwohnerratssitzung vom 15. Mai 2008, die dem fakultativen Referendum unterstanden haben, sind in Rechtskraft erwachsen.

### **0.b Loppacher Barbara, Wahl zur Staatsanwältin**

Barbara Loppacher (SP) wurde am 18. März 2008 durch den Grossen Rat als Staatsanwältin gewählt. Sie tritt ihr neues Amt am 1. Juli 2008 an. Der Einwohnerratspräsident gratuliert ihr zu dieser neuen beruflichen Herausforderung.

### **0.c Neueingänge**

#### **0.c.a Postulat Patrick Bürgi vom 26. Juni 2008 betreffend Schaffung einer Fachstelle Personal per 1. Januar 2009**

##### **Antrag:**

Der Gemeinderat wird ersucht, die Schaffung einer Fachstelle Personal per 1. Januar 2009 zu prüfen.

##### **Begründung:**

Gemäss Voranschlag 2008 sind bei der Einwohnergemeinde Wettingen im Stellenplan insgesamt rund 14'300 Stellenprozente ausgewiesen. Im Elektrizität- und Wasserwerk Wettingen belaufen sich die Stellenprozente auf 2'400. Insgesamt arbeiten rund 220 Personen für die Gemeinde Wettingen. In der aktuellen Organisationsstruktur betreut der heutige Gemeindegemeinschaeschreiber, Urs Blickenstorfer, das Personal der Gemeindeverwaltung, der Geschäftsführer des EWW, Peter Wiederkehr, das Personal des EWW. Es versteht sich von selbst, dass beide Personalverantwortlichen diese Aufgaben im Zusammenhang mit ihren übrigen zu erledigenden Tätigkeiten lediglich äusserst zurückhaltend wahrnehmen können, auch steht ihnen dazu lediglich ein verschwindend kleiner Teil ihres Arbeitspensums zur Verfügung. Die Organisationsstruktur und die Stellenbeschriebe dieser beiden Personalverantwortlichen lassen eine intensivere Betreuung und ein grösseres Engagement in diesem Bereich gar nicht zu.

Nicht nur in der Wirtschaftswelt, sondern auch bei sämtlichen Staatsbetrieben verändern sich die Ansprüche an das Personal rasant und nehmen immer mehr zu. Das Personal ist das Leistungspotential einer jeden Unternehmung, so auch der Gemeinde Wettingen. Nur die Schaffung von bestmöglichen Voraussetzungen für das Personal lässt es zu, dass die geeigneten und gut qualifizierten Personen für die Gemeinde Wettingen gesucht und gefunden werden können. Nicht nur die Rekrutierung von Personal, sondern auch die Führung des Personals, die Personalbetreuung, die Personalentwicklung, die Personalbeurteilung (Mitarbeitergespräche etc.) sowie ein angemessenes Gesundheitsmanagement sind grundlegende Voraussetzungen, um über motiviertes und einsatzfreudiges Personal zu verfügen. In diesem Zusammenhang versteht sich von selbst, dass sich die heutigen Personalverantwortlichen aufgrund der ihr zur Verfügung gestellten Ressourcen nicht in der Lage sein können, den Ansprüchen und Bedürfnissen des Personals ausreichend Rechnung zu tragen. Die heutige Arbeit wird zwangsläufig auf ein Minimum reduziert, was letztlich die Bewältigung der rein administrativen Tätigkeiten bedeutet. Dies reicht nach Ansicht des Postulanten heute nicht mehr aus, entsprechend ist Handlungsbedarf gegeben.

Mit der Einführung einer Fachstelle Personal könnten verschiedene Schwerpunkte verfolgt und diverse Bedürfnisse befriedigt werden. Die Fachstelle Personal müsste als Stabsstelle hierarchisch wohl dem Gemeindeammann unterstellt sein, in sämtlichen Personalprozessen jedoch den Abteilungsleitern zur Verfügung stehen. In Anbetracht der Grösse des "Unternehmens Wettingen" wäre die Schaffung einer Stelle im Bereich von 80 % angezeigt, zeitlich dürfte dies per 1. Januar 2009, spätestens jedoch im Verlaufe des Jahres 2009 umgesetzt werden können. Um das Angebot der Fachstelle Personal umfassend nutzen zu können, müsste die entsprechende Person sowohl bei der Gemeindeverwaltung als auch beim EWW entsprechend ihre Dienstleistungen anbieten und verwirklichen können. Die professionelle Begleitung der verschiedenen Abteilungsleiter durch eine Fachstelle Personal würde auf der Führungsebene einen grossen Mehrwert ergeben.

Dabei ist beispielsweise an die Rekrutierung von Personal zu denken. Ein Blick in die Vergangenheit zeigt, dass im Rahmen von Rekrutierungen für Kaderpersonen an externe Beraterfirmen sehr grosse Summen bezahlt wurden. Das Vorgehen der Vergangenheit ist nicht zu bemängeln. Mangels interner Ressourcen musste die Evaluation von neuen Kaderpersonen extern vergeben werden. Künftig könnte mit Unterstützung der Fachstelle Personal auch Kaderpersonal selbst rekrutiert werden.

Nebst der finanziellen Komponente ist aber hauptsächlich entscheidend, dass den Mitarbeitenden mit Einführung einer Fachstelle Personal eine neutrale Ansprechperson zur Verfügung gestellt würde, an welche sie sich jederzeit wenden könnten. Die Idee einer solchen Fachstelle muss es deshalb zwingend sein, von sämtlichen Stellen akzeptiert zu sein, deren Vertrauen zu gewinnen und jederzeit in sämtliche Personalprozesse miteinbezogen zu sein. Dabei würde es sich klar um eine Verbesserung der bestehenden Strukturen handeln. Die Abteilungsleiter müssten sich weniger um Personalbelange kümmern, könnten dadurch ihre Ressourcen vielmehr in ihre inhaltliche Arbeit investieren. Die Mitarbeitenden könnten aus Personalsicht zudem umfassender und professioneller betreut werden. Die Einführung einer Fachstelle Personal wäre für sämtliche involvierten Stellen eine win-win-Situation.

Die heutige Grösse des "Unternehmens Wettingen" sowie die stetig steigenden Anforderungen an das Personal rechtfertigen ohne Weiteres die Schaffung einer Fachstelle Personal, welche sowohl für die Gemeindeverwaltung als auch für das EWW verantwortlich sein müsste, in sämtliche Personalprozesse einbezogen werden müsste und allen Angestellten zur Verfügung stehen würde. In diesem Sinne wird der Gemeinderat ersucht, die Einführung einer solchen Stelle zu prüfen und im Rahmen des Voranschlags 2009 zu berücksichtigen.

**0.c.b Postulat Thomas Bodmer vom 26. Juni 2008 betreffend verständliche Information der Bevölkerung über die neuen Einschränkungen und Freiheiten für die Bürger im Polizeireglement und die geltenden neuen Bussenttarife sowie die zeitgemässe Ergänzung des Reglements**

**Antrag:**

Der Gemeinderat wird gebeten, eine für den Bürger verständliche Kurzfassung (maximal 1 A4 Seite; kein Amtsdeutsch) mit den für den Tagesgebrauch relevanten Bestimmungen und dem Bussentarif auf der Rückseite zu erstellen und diese in alle Haushalte zu verteilen sowie das Reglement zeitgemäss zu ergänzen.

**Begründung:**

Der Gemeinderat hat am 29. Mai 2008 ein neues Polizeireglement erlassen. Es ist gegenüber dem alten Reglement von 7 auf 10 Seiten - bei gleichzeitiger starker Verkleinerung der Schrift - gewachsen. Dass nun offenbar selbst die erlassende Behörde den Überblick ob der Paragraphenflut verloren hat, zeigt das versehentliche Hundeverbot auf dem Friedhof. Trotz dem wesentlich grösseren Umfang fehlen Bestimmungen, welche wegen Zeiterscheinungen erforderlich geworden sind.

Der Postulant anerkennt die Notwendigkeit gewisser neuer Regelungen, deren Einhaltung früher selbstverständlich war, weshalb sie früher nicht im Polizeireglement niedergeschrieben werden mussten. Der Postulant hat den Eindruck, dass die im Rathaus produzierte Papierflut jüngst stark zugenommen hat und dass die Medienmitteilungen des Gemeinderates früher verständlicher waren. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, dass die Verparaphrasierung des Lebens in Wettingen nicht in allen Bereichen die Tendenzen wie im Polizeireglement annimmt.

Das im neuen Polizeireglement verwendete Amtsdeutsch ist für nicht Fachleute schwer verständlich. Gewisse Formulierungen schaffen Unklarheiten (Beispiel 1: Früher war Feuerwerk am 1. August und am 31. Dezember ohne Bewilligung gestattet. Neu soll es an allen Tagen allgemeiner Festivitäten bewilligungsfrei zulässig sein. Allgemein steht gemäss Wikipedia als synonym für gemein, umgangssprachlich - d.h. in der Sprache der Bürger - für "so ziemlich alle" Beispiel 2: Die Bürger sind neu verpflichtet, sich auszuweisen. Nichtausweisen kostet Fr. 100.00. Ausweise müssen also neu auf Mann getragen werden. Bedeutet das nun, dass das Nichtmitführen des Reisepasses oder der Identitätskarte gebüsst wird?). Der mehrseitige neue Bussentarif beinhaltet Überraschungen (an einen Baum pinkeln kostet neu Fr. 100.00, Nichteinsammeln des Hundekots Fr. 50.00, Schweizer die sich nicht anmelden bezahlten Fr. 200.00, Ausländer Fr. 100.00 etc.). Das Reglement gibt dem Bürger neue Freiheiten (neu darf man sich bei Krawallen verummenen), legt ihm aber auch neue Fesseln an (neu darf man mit elektrisch betriebenen Rasenmähern zu gewissen Zeiten nicht mehr mähen).

Die Veränderungen sind nicht ohne weiteres erkennbar. Wegen dem grossen Umfang des neuen Reglements dürfte es schwierig zum auswendig lernen sein und so dürften viele Bürger über den neuen Bussentarif stolpern, der sich als Bussenfalle erweisen könnte. Mit Fr. 50.00 ist Betteln vergleichsweise günstig, während die Abgabe von alkoholhaltigen Getränken - nicht aber von Drogen - an Jugendliche unter 16 Jahren zu Recht mit Fr. 300.00 exemplarisch bestraft wird.

Da mit dem gesunden Menschenverstand nicht mehr ohne weiteres erkennbar ist, was verboten ist (wer würde z.B. daran denken, dass es in Wettingen verboten ist, himmelwärts gerichtete Lichtquellen einzusetzen, dass das Güllen neu am Sonntag und über Mittag verboten ist, dass Autofahrer, die durch Wettingen fahren, die Lautstärke ihrer Radios zurückstellen müssen, dass Flugzeuge in Wettingen neu kein Reklamematerial mehr abwerfen dürfen und dass neu Sportveranstaltungen ohne jede Ausnahme am Sonntag erst nach dem Gottesdienst beginnen dürfen), ist das auswendig lernen jedoch zwingend erforderlich.

Erstaunt ist der Postulant, dass das Reglement trotz dem grösseren Umfang keine neuen Bestimmungen enthält, wie sie in vielen andere Gemeinden heute aufgrund von Zeiterscheinungen notwendig geworden sind. Die Verhältnisse in Wettingen sind sicher nicht besser als z. B. in Zurzach. Vermisst werden Schutzbestimmungen wie eine Polizeistunde um 23.00 Uhr für schulpflichtige Kinder, ein Verbot für Clochards im Wald zu übernachten etc. Möglicherweise wäre es sinnvoll, eine öffentliche Diskussion über die erforderlichen Bestimmungen zu führen.

#### **0.c.c Postulat Fraktion SVP vom 26. Juni 2008 betreffend Einsatz von Sozialdetektiven in Wettingen**

##### **Antrag:**

Der Gemeinderat wird ersucht, in Wettingen Sozialdetektive einzusetzen.

##### **Begründung:**

Die SVP Fraktion stellt im Rechenschaftsbericht 2007 eine starke Zunahme der Fallzahlen in der Sozialhilfe in Wettingen fest. Das ist schwer verständlich, geht doch die Arbeitslosigkeit seit Jahren zurück. Die Wirtschaft ist gezwungen, im Ausland Arbeitskräfte zu rekrutieren oder gar offene Stellen unbesetzt zu lassen. Eine besonders hohe Nachfrage besteht heute gerade auch nach weniger gut ausgebildeten Personen.

Bei der Diskussion in der Fraktion hat sich herausgestellt, dass fast jedes Ratsmitglied persönlich Fälle von Personen kennt, welche Arbeitslosenhilfe, IV oder andere staatliche Entschädigungen beziehen, und die daneben mit Schwarzarbeit Geld verdienen. Auch und gerade in Wettingen.

In grösseren Städten ist das Problem schon länger eklatant. Nun schwappen die Missbräuche offenbar vermehrt auch aufs Land über. Gemeinden die nichts tun werden Zufluchtsorte von schwarzen Schafen, weil es sich herumspricht, wie streng die Handhabe ist.

Die Stadt Zürich hat ausgezeichnete Erfahrungen mit Sozialdetektiven gemacht. Neben der Aufdeckung von krassen Missbrauchsfällen haben die Detektive eine präventive Wirkung.

**0.c.d Postulat Marie-Louise Reinert vom 26. Juni 2008 betreffend Berücksichtigung der IAO-Kernübereinkommen im kommunalen Beschaffungswesen****Antrag:**

Der Gemeinderat wird eingeladen, im Rahmen des öffentlichen Beschaffungswesens alle Lieferantinnen und Lieferanten und Leistungserbringerinnen und -erbringer gesetzlich und vertraglich darauf zu verpflichten, bei der Ausführung des Auftrags die Bestimmungen der Kernübereinkommen der Internationalen Arbeits-Organisation (IAO) und der nationalen Gesetzgebung einzuhalten.

**Begründung:**

Die acht ILO-Kernarbeitsnormen

Die ILO-Kernarbeitsnormen verbieten Zwangsarbeit und Kinderarbeit, garantieren das Recht, Gewerkschaften zu bilden, welche die Interessen ihrer Mitglieder kollektiv vertreten, fordern Lohnleichheit zwischen Frauen und Männern und untersagen Diskriminierung:

- Konvention 29 über Zwangs- oder Pflichtarbeit (1930)
- Konvention 87 über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechts (1948)
- Konvention 98 über das Vereinigungsrecht und das Recht auf Kollektivverhandlungen (1949)
- Konvention 100 über die Gleichheit des Entgelts für Männer und Frauen für gleichwertige Arbeit (1951)
- Konvention 105 über die Abschaffung der Zwangsarbeit (1957)
- Konvention 111 über das Verbot der Diskriminierung (1958)
- Konvention 138 über das Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung (1973)
- Konvention 182 über das Verbot und Massnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit (1999)

Diese Kernkonventionen wurden von der ILO als grundlegende und für alle Mitglieder verpflichtende Standards deklariert, selbst wenn sie diese nicht ratifiziert haben. Die Schweiz hat alle acht Konventionen unterzeichnet und ist damit die völkerrechtliche Verpflichtung eingegangen, die Normen in nationales Recht umzusetzen.

Öffentliche Auftraggeber können soziale Kriterien wie die Einhaltung von Arbeitsbedingungen und Arbeitsschutzbestimmungen in eine der folgenden Phasen des Vergabeverfahrens einbringen:

- Bei der Zulassung zum Beschaffungsverfahren:  
Hier werden Eignungskriterien definiert. Diese beziehen sich ausschliesslich auf die Anbieterinnen und Anbieter und beinhalten zum Beispiel Leistungsfähigkeit, Zuverlässigkeit, Fachkenntnis (Erfüllung bestimmter technischer, finanzieller und beruflichfachlicher Qualifikationen). Kantone oder Gemeinden können Anbieterinnen und Anbieter ausschliessen, die zum Beispiel Gesamtarbeitsverträge nicht einhalten, Sozialabgaben nicht bezahlen oder die ILO-Kernarbeitsnormen verletzen

- Bei den Zuschlagskriterien:  
Diese beziehen sich ausschliesslich auf das Produkt oder die Dienstleistung. Die Zuschlagskriterien sind von Anfang an in der Ausschreibung darzulegen und zu gewichten. Dabei können Kriterien der Nachhaltigkeit geltend gemacht werden, sei es als
  - technische Spezifikationen
  - als besonders gewichtetes Zuschlagskriterium
  - oder als Beitrag zu übergeordneten kommunalpolitischen Zielen.
- Bei der Vertragsunterzeichnung und in den Bedingungen für die Auftragsausführung:  
Eine zusätzliche Bedingung für die Auftragsausführung kann etwa die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen bei Produktion und Transport sein. Hält der Anbieter diese nicht ein, so kann die Auftraggeberin vom Vertrag zurücktreten.

#### **0.c.e Postulat Marie-Louise Reinert vom 26. Juni 2008 betreffend Sensibilisierung für eine nachhaltige öffentliche Beschaffung**

##### **Antrag:**

Der Gemeinderat wird aufgefordert, die öffentliche Verwaltung in ihrer Gesamtheit und insbesondere die mit der öffentlichen Beschaffung betrauten Stellen über die Möglichkeiten sozial, ökologisch und wirtschaftlich nachhaltiger Beschaffung zu informieren und zu sensibilisieren, und die Bevölkerung über die beschlossenen und in die Wege geleiteten Massnahmen zu informieren.

##### **Begründung:**

Anlass für die Vorstösse ist die Tatsache, dass beim Bau von Strassen auch in Wettingen Randsteine aus China gesetzt werden. Die Tatsache wird hingenommen als unausweichlich und unabänderlich. Nun zeigt sich, dass ein genügend starker politischer Wille auch hier einen Weg finden kann.

Bund, Kantone und Gemeinden beschaffen pro Jahr für rund 34 Milliarden Fr. verschiedenste Waren, Dienst- und Bauleistungen. Diese Summe entspricht 25 % der Staatsausgaben und etwa 8 % des Bruttoinlandprodukts. Diese gewichtige Nachfragemacht bedeutet Verantwortung. Das öffentliche Beschaffungswesen soll dazu beitragen, um die gesamte Gesellschaft zur nachhaltigen Entwicklung anzuleiten und die Lebensqualität der Menschen nicht nur lokal, sondern weltweit zu verbessern.

Bereits heute enthält das Beschaffungsrecht gewisse soziale Kriterien: So darf ein Auftrag beispielsweise nur an Anbieterinnen und Anbieter vergeben werden, welche die Gleichbehandlung von Frau und Mann in Bezug auf die Lohngleichheit gewährleisten. Der Bund fasst die Instrumente zur Umsetzung ökologischer und sozialer Normen im öffentlichen Beschaffungswesen unter dem Begriff "Integrierte Produktpolitik" (IPP) zusammen. Produkte und Dienstleistungen sollen über ihren gesamten Lebenszyklus (Planungs-, Herstellungs-, Nutzungs- und Entsorgungsphase) hohen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Anforderungen genügen, wie der Bundesrat in seinem Strategiebericht Nachhaltige Entwicklung 2002 dargelegt und in seiner Bilanz 2007 bekräftigt hat. Es ist insofern anerkannt, dass öffentliche Beschaffungen politisch gestaltet werden sollen.

Seither hat der Bundesrat seine Absicht bekräftigt, dem Aspekt der sozialen und ökologischen Anforderungen bei Beschaffungen auch in der laufenden Revision des Beschaffungsrechts Rechnung zu tragen. Namentlich sollen zumindest die acht von der Schweiz ratifizierten Kernübereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) zum Schutz fundamentaler Arbeitsnormen von den Anbieterinnen und Anbietern eingehalten werden müssen. Die IAO hat diese Übereinkommen 1998 zum menschenrechtlichen Grundstandard erhoben. Sie müssen auch von Staaten eingehalten werden, die sie nicht ratifiziert haben. Sie betreffen u.a. das Vereinigungsrecht und das Recht auf Kollektivverhandlungen, das Verbot der Zwangsarbeit, das Verbot der Kinderarbeit sowie die Nichtdiskriminierung am Arbeitsplatz. Die Pflicht zur Einhaltung der IAO-Kernübereinkommen ist mit dem WTO-Recht vereinbar und hat nichts mit Protektionismus zu tun.

Damit kann das öffentliche Beschaffungswesen zu einem fairen Welthandel beitragen, von dem die Menschen in den Industrieländern und in den Ländern des Südens gleichermassen profitieren. Unter verschärften Wettbewerbsbedingungen verhindert nur ein fairer Handel, dass soziale und ökologische Dumpingangebote bei uns KMU aus dem Markt werfen und unsicheren, schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen Vorschub leisten. Nur bei einem wirtschaftlichen Gedeihen der Länder des Südens und menschenwürdigen Arbeitsbedingungen für alle kann die Armut in diesen Ländern bekämpft und den Ursachen für Migration und Terrorismus der Boden entzogen werden. Dazu muss die Schweiz einen Beitrag leisten.

Was für das Beschaffungswesen des Bundes gilt, ist auch für Kantone und Gemeinden gültig. Darum soll die kommunale Submissionsverordnung im Gleichschritt mit der Bundesgesetzgebung angepasst werden. Dies recht fertigt sich um so mehr, als Kantone und Gemeinden mit einem Anteil von 38 % beziehungsweise 43 % am jährlichen Beschaffungsvolumen der öffentlichen Hand die grössten Auftraggeber sind, weit vor dem Bund mit einem Anteil von 19 %.

## **1. Protokoll der Sitzung vom 15. Mai 2008**

Das Protokoll der Sitzung vom 15. Mai 2008 wird genehmigt und der Verfasserin verdankt.

## **2. Ersatzwahl von Paul Koller als Mitglied der Finanzkommission (anstelle des zurückgetretenen Roland Brühlmann)**

**Thomas Meier:** Es freut mich sehr, Ihnen Paul Koller als Nachfolger für die Finanzkommission vorstellen zu dürfen. Paul Koller ist verheiratet und Vater von drei Kindern. Zudem ist er der Präsident der CVP Wettingen sowie des SV Lägern. Beruflich ist er Geschäftsführer der Zürichtor-Garage in Spreitenbach. Als Familienvater und Sportler bringt er alles mit, was es für das Amt als Finanzkommissionsmitglied braucht. Ich empfehle Ihnen, Paul Koller als neues Finanzkommissionsmitglied zu wählen.

### **Abstimmung**

Der Einwohnerrat fasst mit 47 : 0, bei 1 Enthaltung, folgenden Beschluss:

### **Beschluss**

Paul Koller (CVP) wird als Mitglied der Finanzkommission für den Rest der laufenden Amtsperiode 2006/2009 gewählt.

### 3. Einbürgerungen

**Christian Wassmer:** Bevor wir über die einzelnen Einbürgerungsgesuche beraten, möchte die CVP-Fraktion ihr Unverständnis gegenüber der systematischen Stimmenthaltung der SVP-Fraktion zu den Einbürgerungsgesuchen Ausdruck geben, die gemäss Fraktionsbericht zur heutigen Sitzung weiterhin praktiziert werden soll.

Nach dem demokratischen Entscheid des Schweizer Volkes am 1. Juni zur Einbürgerungsinitiative der SVP erscheint die Weiterführung der systematischen Stimmenthaltung als Affront gegenüber den Bürgern und den Einbürgerungswilligen. Besinnen Sie sich bitte auf Ihr Wahlversprechen, im Sinne der Bürger von Wettingen zu handeln. Diese erwarten, dass Sie Farbe bekennen mit einem Ja oder Nein.

Nachdem sich die SVP Vertreter in der Einbürgerungskommission, der wir hervorragende Arbeit attestieren, hinter die Anträge auf Einbürgerung stellen, befremdet es sehr, wenn dieselben Vertreter im Rat anders stimmen.

Weiter würde es die CVP-Fraktion sehr begrüßen, wenn mehr Einbürgerungswillige an der Einwohnerratssitzung anwesend wären. Es scheint ein unterschiedliches Verständnis vorhanden zu sein, ob die Anwesenheit wirklich erwünscht ist. Wir möchten deshalb anregen, dass die Einbürgerungskommission und die zuständige Gemeinderätin Eckert diese Erwartung im Brief an die Einbürgerungswilligen klarer zum Ausdruck bringt.

Die Realisierung unseres Wunsches (eingebracht durch unsere CVP-Vertreter in der Einbürgerungskommission) nach mehr Transparenz in den Dossiers z.H. des Einwohnerrats, namentlich das Stimmenverhältnis in der Kommission und eine Aussage zur Historie bzgl. früherer Rückstellung, verdanken wir herzlich.

**Gemeinderätin Antoinette Eckert:** Vielen Dank für dieses Votum zuhanden der Einbürgerungskommission. Wir haben auf Wunsch der CVP den Brief an die Einbürgerungskandidaten angepasst. Die Gesuchsteller werden ausdrücklich gebeten, der Einwohnerratssitzung beizuwohnen. Zudem wird den Gesuchstellenden bereits an der Kommissionssitzung das weitere Vorgehen erklärt. Es ist jedoch nicht immer allen möglich, am Donnerstagabend hier zu erscheinen. Heute Abend hat sich bei mir jemand telefonisch für die heutige Sitzung entschuldigt. Alle die heute hier sind, zeigen ein Interesse an diesem politischen Akt. Es wäre aber falsch, das Erscheinen an der Sitzung als Pflicht einzuführen.

**Thomas Bodmer:** Die SVP-Fraktion ist erstaunt über die Auslegung der CVP über den demokratischen Volksentscheid. Selbstverständlich unterzieht sich die SVP jedem Volksentscheid. Bei dieser Initiative ging es darum, wer die Einbürgerungsverfahren durchführt und darüber entscheidet. Die Initiative hatte aber nichts damit zu tun, auf welche Art und Weise die Gemeinde ein solches Verfahren durchführt. Wir sind der Meinung, dass man dieses Verwaltungsverfahren neu so durchführen kann, allerdings unter der Voraussetzung, dass auch die anderen Verwaltungsverfahren so, d.h. mit der gleichen Öffentlichkeit durchgeführt werden. Ich gehe davon aus, dass bei allen anderen Verwaltungsverfahren an den Sitzungen wo der Entscheid gefällt wird, die betroffenen Parteien bei der Beratung anwesend sind und hören, welche Meinungen die einzelnen Instanzen vertreten. Sobald es so ist, dass die Baugesuchstellenden während der Beratung des Gemeinderates anwesend sein werden, ab dann werden wir auch in aller Öffentlichkeit zu den Einbürgerungsgesuchen Ja oder Nein stimmen.

**3.1 Einbürgerung; Alfante Czarina, geb. 1. November 1991, philippinische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Neustrasse 53**

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 39 : 0 Stimmen, bei 10 Enthaltungen, zugesichert.

**3.2 Einbürgerung; Dakaj Ilir, geb. 2. Januar 1974, Dakaj Aferdita, geb. 16. Januar 1975, Dakaj Luiza, geb. 6. April 1999, und Dakaj Genta, geb. 11. Juni 2004, alle serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Jurastrasse 34**

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 39 : 0 Stimmen, bei 10 Enthaltungen, zugesichert.

**3.3 Einbürgerung; Georgiev Vanco, geb. 20. Januar 1973, Georgiev Vasko, geb. 16. Dezember 1999, und Georgiev Aleksandar, geb. 3. März 2002, mazedonische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Tägerhardstrasse 63**

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 39 : 0 Stimmen, bei 10 Enthaltungen, zugesichert.

**3.4 Einbürgerung; Hampp Fritz, geb. 1. Februar 1954, deutscher Staatsangehöriger, wohnhaft in Wettingen, Lindenhof 18**

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 39 : 0 Stimmen, bei 10 Enthaltungen, zugesichert.

**3.5 Einbürgerung; Kolar Sonja, geb. 11. September 1971, kroatische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Seminarstrasse 93**

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 39 : 0 Stimmen, bei 10 Enthaltungen, zugesichert.

**3.6 Einbürgerung; Rexhaj-Markaj Antoneta, geb. 21. August 1975, Rexhaj David, geb. 9. August 1969, Florian, geb. 1. Januar 1999, und Florentina, geb. 11. Oktober 2004, alle serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Freistrasse 3**

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 39 : 0 Stimmen, bei 10 Enthaltungen, zugesichert.

**3.7 Einbürgerung; Rexhepi Blerta, geb. 3. Oktober 1991, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Alberich Zwysig-Strasse 49**

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 39 : 0 Stimmen, bei 10 Enthaltungen, zugesichert.

**3.8 Einbürgerung; Zekic Elvira, geb. 13. Juli 1977, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, wohnhaft in Wettingen, Rankstrasse 1**

In der offenen Abstimmung wird das Bürgerrecht mit 39 : 0 Stimmen, bei 10 Enthaltungen, zugesichert.

#### 4. **Verwaltungsrechnung 2007**

##### **Eintreten**

**Patrick Bürgi, Präsident Finanzkommission:** Im Rechnungsjahr 2007 wurden mit Fr. 11.5 Mio. seit Jahren erstmals wieder über Fr. 10 Mio. investiert. Diese Investitionen konnten allerdings nur mit rund Fr. 7.1 Mio. oder zu 61.6 % selbst finanziert werden. Die Belastbarkeitsquote ist damit als tief einzustufen, aufgrund der aus der Vergangenheit vorhandenen liquiden Mittel mussten jedoch keine neuen Schulden gemacht werden. Per Ende 2007 belief sich das langfristige Fremdkapital auf rund Fr. 23 Mio. (davon konnten zu Beginn des Jahres 2008 weitere Fr. 4 Mio. zurückbezahlt werden; vgl. Bürgschaftsverpflichtung S. 90 des Rechenschaftsberichts 2007). Der massgebende Restbuchwert des Verwaltungsvermögens hat sich auf rund Fr. 4.1 Mio. erhöht (2006: rund Fr. 0.2 Mio.). Die Gemeinderechnung 2007 schliesst mit einem Ertragsüberschuss nach vorgeschriebenen Abschreibungen und Pflichtabschreibungen von Fr. 4.6 Mio. ab. Dieser Betrag konnte vollumfänglich für zusätzliche Abschreibungen verwendet werden. Erfreulicherweise steigt die Steuerkraft je Einwohner weiter. Ende 2007 betrug diese Fr. 2'735.50 (2006: Fr. 2'631.50; 2005: Fr. 2'612.40; 2004: Fr. 2'538.00). Auch die finanzielle Situation betreffend die Schuld der Einwohnergemeinde gegenüber der Abwasserbeseitigung hat sich verbessert. Die Nettoinvestitionen beliefen sich auf rund Fr. 2.1 Mio., was letztlich einen Finanzierungsfehlbetrag von rund Fr. 1.0 Mio. ergab. Die Verzinsungspflicht hat ebenfalls weiter abgenommen. Von Fr. 98'000.00 im Jahre 2006 konnte diese im Jahre 2007 auf rund Fr. 84'000.00 reduziert werden.

Das Rechnungsergebnis 2007 wurde von diversen Faktoren massgeblich beeinflusst. Detailliert Auskunft gibt dazu der Rechenschaftsbericht 2007 auf Seite 81 unten, worauf umfassend verwiesen wird. Die Ausfinanzierung der APK schlägt sich auch in der Verwaltungsrechnung der Gemeinde Wettingen sehr deutlich nieder. Zwei Positionen sind speziell hervorzuheben: Unter dem Konto "Betriebsdefizitbeiträge Spitäler/Krankenhäuser" (400.364.00) wurde die budgetierte Position von rund Fr. 0.5 Mio. mit Fr. 1.4 Mio. um Fr. 0.9 Mio. massivst überschritten.

Alleine im Regionalen Pflegezentrum Baden beträgt der Ausfinanzierungsanteil der Gemeinde Wettingen Fr. 1.235 Mio. Davon wurden Fr. 0.7 Mio. der Rechnung 2007 belastet. Weiter hat sich die Ausfinanzierung der APK auf die Schulgeldleistungen ausgewirkt, welche erheblich gesteigert wurden. Unter dem Konto 230.364.00 wurde die budgetierte Position von Fr. 1.8 Mio. um mehr als Fr. 0.5 Mio. überschritten. Zur positiven Abweichung der Rechnung 2007 zum Budget 2007 haben einmal mehr die höher vereinnahmten Steuern (insgesamt + Fr. 1.9 Mio.) ihren Teil beigetragen.

Die Konsolidierung der einzelnen Rechnungen zur Gesamtrechnung 2007 weist einen gegenüber 2006 stark erhöhten Finanzierungsfehlbetrag von rund Fr. 5.5 Mio. aus. Nur dank den vorhandenen liquiden Mittel der Vergangenheit mussten keine neuen Schulden gemacht werden. Die liquiden Mittel belaufen sich per 31. Dezember 2007 auf rund Fr. 1.8 Mio. (2006: Fr. 2.3 Mio.). Einmal mehr ist das professionell geführte Cash-Management von Finanzverwalter Martin Frey bestens zu verdanken. Er versteht es wie kein anderer, die aktuellen Gegebenheiten aufzunehmen und je nach Angebot und Nachfrage zu reagieren. Per Ende 2007 bestanden Festgelder von Fr. 9.5 Mio. und Darlehen an andere Gemeinden von Fr. 3.6 Mio. Mit der durchdachten und geschickten Anlagestrategie konnte zugunsten der Gemeinde der Zinsertrag optimiert werden. Der Zinsertrag aus diesen Anlagen belief sich im Rechnungsjahr 2007 auf Fr. 208'000.00.

Insgesamt gebührt Finanzverwalter Martin Frey und seinen Mitarbeitenden grossen Dank für die tadellose Arbeit und umsichtige Finanzverwaltung. Ausfluss dieser Arbeit ist auch der vorliegende Rechenschaftsbericht 2007 der Finanzverwaltung, welcher wie gewohnt mit einem hohen Detaillierungsgrad sehr informativ ist. Wiederum können dem Rechenschaftsbericht sehr viele Informationen rund um das Bezugswesen der Steuern entnommen werden. Sehr erwähnenswert ist, dass die Steuerguthaben im Jahre 2007 gegenüber dem Vorjahr nochmals gesenkt werden konnten. Mit einem Stand von 8.9% des Sollertrages liegt Wettingen sehr deutlich unter dem kantonalen Mittel (16.4%). Der tiefe Steuerausstand lässt sich direkt mit dessen konsequenten und systematischen Bewirtschaftung in Verbindung bringen. Zudem hat am 22. Mai 2007 eine Prüfung der Debitorenbewirtschaftung im Steuerbereich und in der Steuerbuchhaltung durch das Kantonale Steueramt stattgefunden. Der Prüfungsbericht attestiert eine sehr gute Debitorenbewirtschaftung und ebenfalls, dass der einforderbare Ausstand als sehr gut bezeichnet werden kann. Kompliment! Positiv hat sich im Steuerjahr 2007 auch die Anzahl der Steuerpflichtigen entwickelt. Die Übersichten der Einkommens- und Vermögensstruktur zeigen ein stets positiveres Bild.

Die Vertiefungsprüfung der BDO Visura erfolgte auf Anregung der Finanzkommission im Bereich Polizei. Umfassend orientiert die BDO Visura darüber in ihrem Bericht über die Revision. Einerseits überprüfte die BDO Visura die Abwicklungen im Zusammenhang mit dem Bargeldverkehr der Polizei, dem Busseninkasso und Inkasso der Tages-/Nachtparkgebühren sowie der Parkgebühren, andererseits war der Gemeindevertrag mit Neuenhof Prüfungsbestandteil. Im Rahmen der Inkassi und der verschiedenen Abwicklungen konnte die BDO Visura zwar keine Fehler oder Unstimmigkeiten feststellen, dennoch wurden einige Empfehlungen angebracht, welche es nun umzusetzen gilt. Hauptsächlich handelt es sich dabei um Erstellung von periodischen Abstimmungen (bspw. Einführung eines Journals über die verbuchten Zahlungseingänge der Bussen und der Tages-/Nachtparkgebühren oder eine Abstimmung zwischen der Polizei und der Finanzverwaltung über die Zahlungseingänge etc.).

Zum Gemeindevertrag über die polizeiliche Zusammenarbeit zwischen Wettingen und Neuenhof hat die BDO Visura insbesondere den Kostenverteiler überprüft. Die Übersicht zeigt, dass sich der Gesamtaufwand der Polizei im Jahre 2007 auf rund Fr. 1.95 Mio. belief. Der Beitrag der Gemeinde Neuenhof betrug Fr. 0.5 Mio. Somit resultierte ein Aufwand der Gemeinde Wettingen von Fr. 1.45 Mio. Nach Berechnung der BDO Visura resultierten im 2007 zulasten der Gemeinde Wettingen theoretische Mehrkosten von rund Fr. 87'000.00, diese sind sogleich durch die Neuanschaffung des neuen Polizeiautos zu relativieren und im 2008 müssten diese tiefer ausfallen. Überdies muss bei der Beurteilung der theoretischen Mehrkosten noch berücksichtigt werden, inwieweit interne Leistungen verrechnet werden (Raumkosten, Kosten Informatik, Bewirtschaftung Parkplätze). Nicht belastet werden der Polizei administrative Leistungen (insbesondere der Finanzverwaltung). Zusammenfassend ist die Kostenüberwälzung nach dem Dafürhalten der Finanzkommission verhältnismässig.

Letztlich haben sich im Rahmen der Rechnungsprüfung 2007 in der Finanzkommission unguete Gefühle in Bezug auf die Einhaltung der Voranschlagskredite des Gemeinderates und die damit verbundenen diversen Überschreitungen in der Rechnung 2007 ergeben. Diese Sorgen haben die Finanzkommission veranlasst, sich im Rahmen der Rechnungsprüfungssitzungen vertieft und intensiv auf diese Thematik einzulassen. Dem Gemeinderat wurde dann auch klar signalisiert, dass die Finanzkommission vom Gemeinderat künftig eine zurückhaltendere Bereitschaft der Budgetkreditüberschreitungen verlangt und diesen eindringlich auffordert, künftige Budgetkreditüberschreitungen (mit Ausnahme von § 18 FiD: kleine Kreditüberschreitung oder dringliche Beschaffung) entweder über entsprechende Nachtragskredite genehmigen zu lassen oder für die nächste Budgetierung vorzusehen. Insgesamt hat der Gemeinderat ein verhältnismässiges Vorgehen zu wählen, dennoch ist letztlich der Wille des Souveräns, welcher das Budget jeweils genehmigt, ernst zu nehmen.

Als sehr erfreulich dürfen aus Sicht der Finanzkommission die Entwicklungen im EWW hervorgehoben werden. Die letztjährigen Bemühungen der Finanzkommission tragen Früchte. Der Gemeinderat hat bereits per Prüfung der Rechnung 2007 die BDO Visura als neue Revisionsstelle eingesetzt und die Zusammenarbeit mit der PWC aufgelöst. Mit Bericht vom 7. April 2008 liegt nun auch ein sehr fundierter und detaillierter Prüfungsbericht der BDO Visura vor. Die Empfehlungen aus der Vergangenheit wurden im EWW umgesetzt. Die Empfehlungen aus der Rechnungsprüfung 2007 werden im Laufe des Jahres 2008 umzusetzen sein. Hauptsächlich wird die Verwaltungskommission und der Gemeinderat (auch im Zusammenhang mit der Umstellung der Rechnungslegung) über die zukünftige Bilanzierung der Rückstellungen zu befinden haben. Letztlich wurde die BDO Visura auch mit dem Coaching zur Einführung und Umsetzung des neuen Rechnungslegungsmodells beauftragt. Bereits seit 1. April 2008 basiert die Buchhaltung des EWW auf dem neuen Modell. Somit steht dem Budget 2009 auf dieser Basis nichts mehr im Wege. Besten Dank allen Beteiligten im EWW für diese grossen Bemühungen!

Zusammenfassend und abschliessend darf in Übereinstimmung mit der BDO Visura der Finanzverwaltung und dem EWW eine einwandfreie Rechnungsführung attestiert werden. Dies wird bestens verdankt. Die Finanzlage der Gemeinde Wettingen ist gut. Im Rechnungsjahr 2007 wurden seit langem wieder über netto Fr. 11 Mio. investiert. Weitere Investitionen stehen an. Der guten Situation muss Sorge getragen werden, insbesondere müsste sich die Belastbarkeitsquote in den nächsten Jahren verbessern. Die Budgetierung des Jahres 2009 (vor allem auch im Zusammenhang mit dem EWW) kann mit Spannung erwartet werden. In diesem Sinne danke ich im Namen der Finanzkommission allen Beteiligten für ihre geleisteten Arbeiten.

Ich komme zum Schluss: Die Fragen zu den einzelnen Ressorts in der Rechnung der Einwohnergemeinde sowie des EWW konnten Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, mit Ihren Vertretern aus der Finanzkommission in Ihren Fraktionssitzungen anschauen und besprechen. Ich verzichte damit im Sinne einer effizienten Sitzung darauf, bei all den einzelnen Konten die Ausführungen und Bemerkungen der Finanzkommission zu wiederholen, behalte mir aber vor, allenfalls bei Fragen oder Stellungnahmen aus dem Plenum, sofern notwendig, die Haltung und Ansicht der Finanzkommission mitzuteilen.

Abschliessend empfiehlt Ihnen die Finanzkommission einstimmig (bei 7 Anwesenden) die Rechnung der Einwohnergemeinde Wettingen sowie des EWW 2007 zu genehmigen.

**Gemeindeammann Dr. Markus Dieth:** Die Verwaltungsrechnung 2007 konnte mit einer Ergebnisverbesserung von 3.1 Mio. Franken abgeschlossen werden. Trotz der sparsamen Haushaltsführung wurde in Wettingen im Rechnungsjahr 2007 beachtlich investiert: 11.5 Mio. Franken, die zu 62 % aus eigenem Mittel finanziert werden konnten.

Schauen wir den Prüfungsbescheid des Gemeindeinspektorats zu unserem Vorschlag 2008 an, muss festgestellt werden, dass wir in der Bewertung mit 19 Punkten von 24 Punkten folgendes Prädikat erreicht haben: "Leistungsfähigkeit und/oder Verschuldung eventuell problematisch". Wir haben also nicht im Bereich "Haushalt in Ordnung; kein Handlungsbedarf" abgeschlossen. Dies ergibt sich aus drei Punkten: Die Belastbarkeitsquote liegt lediglich bei 12 %. Die Selbstfinanzierungsquote bei 10.7 % und der Selbstfinanzierungsgrad, welcher mittelfristig bei 100 % liegen sollte, liegt lediglich bei 33.8 %. Wir haben also einen Mercedes mit VW-Motor. Es gilt hier also nun ans Tuning zu gehen.

**Marco Kaufmann:** Die Fraktion EVP/Forum 5430 ist für Eintreten. Es wurde bereits alles gesagt. Ich möchte deshalb nicht länger werden und allen Beteiligten für die gute Arbeit danken. Wir sind froh über den guten Abschluss 2007.

**Pius Benz:** Auch die SVP-Fraktion ist für Eintreten. Für uns ist die gute Rechnung sehr erfreulich und es zeigt sich einmal mehr, dass eine Steuerfusssenkung um 3 %, wie von der SVP verlangt, ohne weiteres möglich wäre.

### **Eintreten nicht bestritten**

## **Detailberatung**

### **0. Allgemeine Verwaltung - 9. Finanzen, Steuern**

Keine Bemerkungen.

### **Investitionsrechnung, Artengliederung, Bestandesrechnung, Anhang zur Bilanz**

Keine Bemerkungen.

### **Rechnung EWW**

**Thomas Bodmer:** Das EWW weist nach wie vor eine sehr grosse Liquidität aus und ein sehr grosser Betrag ist in Festgelder angelegt. Das ist übrigens diese Position, die an der letzten Einwohnerratssitzung von Marie-Louise Reinert in Frage gestellt wurde. Wenn soviel Geld vorhanden ist, ist klar, dass dieses auch wieder ausgegeben wird. An der letzten Einwohnerratssitzung wurde vom zuständigen Gemeinderat ausgeführt, dass Planungen im Hinblick auf die künftige Bedürfnisse des Werkhofes gemacht werden. Zitat (Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 15. Mai 2008, S. 40): "Es besteht das Befürfnis, den Werkhof zu verlegen. Der Gemeinderat und die Verwaltungskommission sind der Auffassung, dass für einen neuen Standort aber nicht teures Land in Frage kommt [...]. Deshalb sind wir der Auffassung, dass wir die zweite Etappe nutzen möchten, um unsere Bereitstellungsräume in die Überbauung im Untergeschoss zu integrieren. Eine Machbarkeitsstudie wird zeigen, ob dies möglich ist. Es wäre eine finanziell günstige Lösung". Es gibt Gerüchte, dass Lageräume im Untergeschoss 5 bis 10 mal teurer sind. Ich habe gehört, dass gegen 2'000 m<sup>2</sup> benötigt werden. Ist dies wirklich günstiger als das Wannerareal, wo der m<sup>2</sup> Fr. 480.00 kostete?

Ich möchte als Bürger und als Einwohnerrat in diese Entscheidung miteinbezogen werden, nicht damit eines Tages das ganze Geld fort ist, ohne dass der Einwohnerrat darüber entscheiden konnte.

**Gemeinderat Roland Kuster:** Wir befinden uns mitten in der Diskussion zur Rechnung 2007. Die Frage von Thomas Bodmer bezieht sich auf ein Projekt, dessen Kredit vielleicht im 2008 oder im 2009 beantragt wird. Ich betone ganz klar, dass es nicht im Sinne des Gemeinderates ist, dass Geld, welches dem EWW gehört, zu verpuffen.

### **Rückkommen**

Rückkommen wird nicht verlangt.

### **Abstimmung**

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

### **Beschluss des Einwohnerrates**

Die Verwaltungsrechnungen 2007 der Einwohnergemeinde sowie des Elektrizitäts- und Wasserwerkes werden genehmigt.

## **5. Rechenschaftsbericht 2007**

### **Eintreten**

**Andreas Rufener, Präsident Geschäftsprüfungskommission:** Der Gemeinderat hat den Rechenschaftsbericht der Geschäftsprüfungskommission zur Prüfung überweisen. Nach dem Studium des Berichtes und den ausführlichen Gesprächen der Kommissionmitglieder mit den Departementsvorstehern, blieben nur noch wenige Fragen an den Gemeinderat übrig. Diese Fragen hat der Gemeinderat schriftlich beantwortet. Die Antworten waren gut, trotzdem haben wir eine gemeinsame Sitzung durchgeführt. Mit dem neu zusammengesetzten Gemeinderat unter der Leitung von Markus Dieth haben wir uns noch über weitere Details austauschen können. Wir konnten die Richtigkeit und Vollständigkeit des Rechenschaftsberichtes feststellen und bedanken uns für die geleistete Arbeit. Die GPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig, den Rechenschaftsbericht 2007 der Gemeinde Wettingen zu genehmigen.

### **Eintreten nicht bestritten**

### **Detailberatung**

#### **0. Allgemeine Verwaltung**

**Marianne Ryf:** Mich erstaunt, dass nichts über die Archivierung im Bericht steht. Diese hat ja letztes Jahr stattgefunden. Es wurden rund 1'300 Arbeitsstunden aufgewendet und gute Arbeit geleistet. Es ist schade, dass nichts erwähnt wurde. Ein Rechenschaftsbericht soll ja darüber Auskunft geben, was in der Verwaltung geleistet worden ist. Das dieses Thema offenbar untergegangen ist, macht mir gewisse Sorgen, da es den Anschein erweckt, dass diesem Thema nicht so viel Gewicht beigemessen wird. Ich habe mir erhofft, dass wir einen Hinweis erhalten, wie die neuen Gesetzesbestimmungen, welche per 1. Juli 2008 in Kraft treten, umgesetzt werden.

## 0.2 Einwohnerrat

**Markus Maibach:** Ich habe eine Bemerkung zu den Vorstössen auf Seite 11. Ich habe vor exakt 5 Jahren ein Postulat eingereicht mit dem Ziel für eine umfassende Gestaltung der Verkehrskreisel. Wir haben in Wettingen sechs Kreisel. Ich verlangte damals ein Konzept für die künstlerische Gestaltung. An der Zentralstrasse hat es Kreisel, welche repräsentieren. An der Landstrasse hingegen, an der sich der Grossteil der Wettinger Bevölkerung aufhält, sieht es schon etwas "strüber" aus. Niemand bricht in Begeisterungstürme aus bei diesen Kreiseln. Ich möchte den Druck für eine rasche Verbesserung aufrecht erhalten. Deshalb stelle ich den **Antrag**, dieses Postulat noch nicht abzuschreiben, bis an der Landstrasse etwas passiert.

**Gemeinderat Felix Feiner:** Der Gemeinderat wehrt sich nicht gegen diesen Antrag. Wir haben nicht ein eigentliches Konzept erarbeitet, sondern beschlossen, dass die Kreisel einzeln thematisch bearbeitet werden. Der Duschkreisel stellt Verbindungen zum tägi her, der Klostermauer-Kreisel stellt eine Verbindung zur Klosterhalbinsel dar. Für den Kreisel beim EWW wird der Gemeinderat nächsten Donnerstag ein Konzept verabschieden. Wir wissen, dass diesbezüglich Handlungsbedarf besteht.

**Marco Kaufmann:** Auch ich habe eine Frage zu Seite 11, genauer zum Postulat von Leo Scherer betreffend den Einbau von Perronliften beim Bahnhof Wettingen. Ich werde von vielen Seiten her angesprochen und seit ich selbst mit dem Kinderwagen unterwegs bin, frage ich mich, wann wir endlich mit einem Lift auf die Perron gelangen können. Ich wollte nachfragen, wie der Stand der Planung ist und ob der Druck der Gemeinde auf die SBB erhöht wurde. Die Gemeinde könnte diesbezüglich aktiver werden. Evt. besteht sogar die Möglichkeit, dieses Projekt, im Einverständnis mit der SBB vorzufinanzieren. Oder gibt es andere Möglichkeiten, damit wir endlich zu diesen Perronliften kommen?

**Leo Scherer:** Vielen Dank Marco, dass Du dieses Thema ansprichst. Ich habe inzwischen beinahe die Hoffnung verloren, diesbezüglich nachzufragen. Als ich damals dieses Postulat eingereicht habe, war eine Kollegin, die mich auf dieses Thema aufmerksam gemacht hatte, noch mit dem Kinderwagen unterwegs. Heute gehen ihre Kinder in die Schule. Es ist einfach peinlich, wenn eine reiche Gemeinde wie wir, das Geld für eine solche sinnvolle Investition nicht in die Finger nimmt und sich endlich einmal für ihre eigenen Interessen einsetzt.

**Gemeinderat Felix Feiner:** Der Gemeinderat hat letztes Jahr grossen Druck auf die SBB ausgeübt. Es kam einiges zustande; das Projekt für die treppenfreien Perronzugänge steht und muss nur noch durch die zuständigen Instanzen genehmigt werden. Im Zusammenhang mit dem Ausbau der Güterstrasse folgt ein entsprechender Antrag für die Busvorfahrt. Der Umbau zum treppenfreien Zugang wurde und wird von der SBB aus finanziellen Gründen immer wieder hinausgeschoben. Sobald die Genehmigung für das Projekt vorliegt, ist über das weitere Vorgehen zu entscheiden.

**Leo Scherer:** Ich möchte nochmals nachfragen. Hat der Gemeinderat in den vergangenen 8 Jahren der SBB das Angebot für eine Vorfinanzierung unterbreitet? Hätte ein solches Angebot allenfalls den Projektverlauf positiv beeinflusst?

**Gemeinderat Felix Feiner:** Ein konkretes Angebot wurde nicht gemacht. Dies müsste zuerst im Gemeinderat besprochen werden.

### **Abstimmung**

Mit 44 : 3 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, fasst der Einwohnerrat folgenden Beschluss:

### **Beschluss des Einwohnerrates**

Das Postulat von Markus Maibach vom 26. Juni 2003 betreffend Kunst am Kreisel wird nicht abgeschrieben.

### **1. Öffentliche Sicherheit - 11. Regionale Körperschaften**

Keine Bemerkungen.

### **Rückkommen**

**Marie-Louise Reinert:** Ich habe noch eine Bemerkung zur Bildung in Wettingen. Wir haben einige Schulhäuser renoviert und dafür viel Geld investiert. Ich habe dabei, im Vergleich zu anderen Schulhäusern in anderen Gemeinden festgestellt, dass die Gemeinde Wettingen dabei sehr sparsam ist. Als kleines Beispiel möchte ich die Ausrüstung der Schulzimmer mit einem Beamer erwähnen. Wenn wir einen Beamer benötigen, holen wir einen Beamer mit einer langen Kabelrolle, installieren diesen im Schulzimmer und achten darauf, dass die Kinder nicht über das Kabel stolpern. Dies ist alles machbar. Aber ich habe in einer anderen Gemeinde gesehen, die ärmer ist als wir, dass dort die Beamer in den Schulzimmern fest installiert sind. Ich möchte dies als Anregung für die künftige Budgetierung mitgeben.

### **Abstimmung**

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

### **Beschluss**

Der Rechenschaftsbericht des Gemeinderates für das Jahr 2007 wird genehmigt.

## **6. WOV-Pilotbetriebe "tägi" und Bibliothek; Evaluation**

**Patrick Bürgi, Präsident Finanzkommission:** Seit ziemlich genau sechs Jahren beschäftigen sich das Parlament, die Exekutive sowie die Verwaltung mit WOV. Während verschiedenen Phasen konnte mit den anfänglich drei Piloten „tägi“, Bibliothek und Liegenschaften Finanzvermögen Erfahrungen gesammelt werden. Im Rahmen der Budgetphasen 2007 und 2008 hat das Parlament für die Bibliothek und das „tägi“ Globalbudgets verabschiedet. Nun neigt sich die Pilotphase WOV dem Ende zu. Der Gemeinderat legt dazu einen ausführlichen Bericht über die Evaluation der WOV-Pilotbetriebe vor. Abschliessend hält der Gemeinderat fest, dass er auf eine Weiterführung bzw. auf eine Ausdehnung von WOV auf steuerungstaugliche Betriebe verzichten werde. Sowohl die WOV-Kommission als auch der Einwohnerrat werden von diesem Entscheid des Gemeinderates lediglich Kenntnis nehmen können. Eine weitere Einflussnahme seitens des Parlamentes wäre über politische Vorstösse möglich.

Anlässlich der Sitzung vom 29. April 2008 konnte aus den Fragebogen der WOV-Kommissionsmitglieder ein konsolidiertes Stimmungsbild erstellt werden. Dieses floss in die Gesamtevaluation des Gemeinderates mit ein, zudem auch die Rückmeldungen des Gemeinderates sowie der Verwaltung.

Aufgrund des ausführlichen vorliegenden Berichts zur WOV-Evaluation kann darauf verzichtet werden, die einzelnen Stellungnahmen nochmals zusammenzufassen und ich verweise umfassend auf den WOV-Schlussbericht. Insbesondere ist dem Evaluationsbericht die Kritik zu entnehmen, dass WOV nicht gelebt worden sei.

Auch im Rahmen der vergangenen WOV-Kommissionssitzungen war das fehlende „Herzblut“ des Gemeinderates Thema. Übereinstimmend ist die WOV-Kommission der Ansicht, dass WOV durchaus eine Chance gehabt hätte, hätte der Gemeinderat WOV aus Überzeugung gelebt. Die WOV-Kommission macht sich jedoch keine Illusionen über den Erfolg von WOV, wenn dieses weitergeführt würde, obwohl bereits der Gemeinderat nicht hinter dieser Art der Verwaltungsführung steht. Hinzu kommt, dass gemäss Evaluationsbericht offenbar auch die Verwaltung WOV nicht leben will. Dies wurde von der WOV-Kommission einhellig bedauert. Als Fazit wird dann auch festgehalten, dass die Weiterführung von WOV nur unter der Bedingung sinnvoll wäre, sofern der Gemeinderat mehr Interesse an WOV zeigen würde und bereit wäre, entsprechend auch die Verwaltung zu führen. Gemäss Evaluations-Bericht ist der Gemeinderat dazu offenbar nicht bereit und wird auf die Weiterführung bzw. auf die Ausdehnung von WOV verzichten.

Grundsätzlich kann die WOV-Kommission festhalten, dass die Erfahrungen mit WOV sehr positiv waren und eine Weiterführung sehr begrüsst worden wäre. Leider zeigen aber die Erfahrungen, dass WOV praktisch durch alle Ebenen hindurch nicht getragen wurde - dies wäre eine der grundlegenden Voraussetzungen gewesen, um WOV umzusetzen und zu betreiben. Für die Weiterführung von WOV hätte vom Gemeinderat ein klares JA zu WOV erfolgen müssen, auch alle Abteilungsleiter und insbesondere die betroffenen Betriebsleiter hätten im gleichen Boot sitzen müssen. Aus der Sicht der Finanzkommission hat WOV keine positiven finanziellen Konsequenzen, welche alleine WOV befürworten lassen würden. WOV hat zum Ziel, das Unternehmertum innerhalb der Verwaltung sowie die Kunden und Bürgernähe zu fördern und vor allem das Dienstleistungsangebot der Gemeinde Wettingen zu verbessern. Aber auch diese Vorteile, welche WOV zweifelsohne bringen würde, können jedoch nicht realisiert werden, wenn WOV tatsächlich nicht getragen wird.

Sehr erfreut hat die Finanzkommission zur Kenntnis genommen, dass der Gemeinderat die positiven Aspekte von WOV weiterverfolgen und allenfalls auch auf weitere Bereiche ausdehnen will. Damit verbunden sind die Beibehaltung der Leistungsblätter und das Arbeiten mit den verschiedenen Indikatoren.

Aus dem WOV-Evaluationsbericht muss zusammenfassend zur Kenntnis genommen werden, dass weder die Führung der Gemeinde Wettingen (Gemeinderat) noch die Ausführenden (Verwaltung) bereit sind, WOV zu leben. Hinzu kommt auch ein zumindest teilweise mangelndes Interesse an WOV seitens des Parlamentes. Der Gemeinderat hat sich klar gegen eine Weiterführung bzw. eine Ausdehnung von WOV ausgesprochen. Dieser Entscheid ist zur Kenntnis zu nehmen. Damit hat die Finanzkommission ihre Arbeit als WOV-Kommission beendet.

**Gemeindeammann Dr. Markus Dieth:** Sie haben einen umfassenden Bericht als Antrag des Gemeinderates zur Kenntnisnahme erhalten. Vorab bitte ich Sie höflich, von diesem Bericht Kenntnis zu nehmen.

Heute können wir feststellen, dass wir die guten Erfahrungen mit dem mehrjährigen Pilotprojekt WOV nicht missen wollen. Mit dem Bericht zur Evaluationsphase geht das Pilotprojekt zu Ende.

Für die Pilotbetriebe war die zielorientierte Führung äusserst wertvoll. Die Vision WOV hat sich aber nicht erfüllt. Zum Teil hängt das auch sehr mit der Denkweise einer Mehrheit der Beteiligten, sowohl des Gemeinderates, der Verwaltung als auch des Einwohnerrates zusammen. Bei den Workshops mit dem Ziel, das Parlament über Erfahrungen zu informieren, musste festgestellt werden, dass das Interesse mehr als gering war. Nur eine Hand voll Einwohnerräte fand sich bei diesen doch wichtigen Anlässen zur Vermittlung der WOV-Kultur ein. Zum Beispiel nahmen an einem sehr wichtigen Workshop im Dezember 2006 lediglich 10 Mitglieder des Parlaments teil, würde man die 7 Mitglieder abziehen, die eh in der WOV-Kommission sind verbleiben netto 3.

Bei den Impacts konnte ein positiver Einfluss von WOV bezüglich Kundenorientierung, besserem und aktuellerem Informationsmaterial sowie Kundenzufriedenheit festgestellt werden, wobei allerdings der Umfang der gemessenen Veränderung eher gering ist.

Auf der Wirkungsebene kann zusammenfassend folgendes festgehalten werden:

- Der Pilotbetrieb war für die zielorientierte Führung äusserst wertvoll.
- Die Definition der Leistungen führte zu grösserer Transparenz.
- Die "Vision WOV" hat sich nicht erfüllt.

Die weiteren Punkte können Sie dem Bericht entnehmen.

Dementsprechend kam die Evaluation zu einer negativen Gesamtbewertung, indem diese ihre Rolle im WOV-Prozess nicht gefunden hat und die Behandlung der Leistungsaufträge kaum auf Diskussion und Veränderung ausgerichtet war. Damit sind wir alles andere als auf weiter Flur. Auch ausgewiesene Berater empfehlen solche Schritte. WOV kann auch zu absoluter Intransparenz führen. Der Kanton hat auch augenfällig Probleme seit der Einführung.

Heute müssen wir festhalten, dass dies keinesfalls das Ende des kundenorientierten Denkens bedeutet. Wir können auch mit dem geltenden System sehr innovativ sein. In der Verantwortung stehen hier primär die Mitglieder des Gemeinderates, aber auch die Abteilungsvorsteher und die Verwaltung aber auch der Einwohnerrat. Der Gemeinderat hat beschlossen, die Leistungsaufträge als Führungsinstrument beizubehalten. Denn bezüglich Kunden- und Kostenorientierung sind damit Fortschritte klar erzielt worden. Das vermehrt unternehmerische Denken und Handeln hat unter anderem im tägi zu einer besseren Auslastung des Saales geführt.

**Werner Hartmann:** Eine Mannschaft, die an der letzten Euro sehr erfolgreich war, hat gezögert, ob sie dieses mal überhaupt teilnehmen soll. Sie haben es versucht, weil die Austragungsorte in der Nähe waren und die Kosten dadurch gering. Sie haben vor allem im hinteren Bereich und viel hin und her gespielt. Sobald einmal die Mittellinie überschritten wurde, wurde der Spieler von der eigenen Mannschaft zurückgepfiffen. Die Mannschaft, die vor 4 Jahren Europameister wurde, ist heute bereits nach Hause gereist. Für die Fraktion SP/WettiGrünen kommt die ganze WOV-Übung dieser Sache sehr nahe. Es wurde etwas riskiert, aber ja nicht zuviel. Wir sind der Meinung, es hätte ruhig der eine oder andere Fight nach dem Motto "No Risk - No Fun" riskiert werden können.

**Andreas Rufener:** Die Fraktion EVP/Forum 5430 nimmt zur Kenntnis, dass der WOV-Pilotbetrieb hiermit beendet wird. Als WOV-Kommission wurde die Finanzkommission eingesetzt. Für allfällige weitere, ähnliche Projekte, sollte die Einsetzung einer Begleitkommission besser überdenkt werden. Die Doppelrolle der Finanzkommission begrüßen wir nicht. Die WOV-Kommission war nur finanziell ausgerichtet. Es ging aber auch darum, Abläufe und Prozesse zu verbessern und dadurch die finanziellen Aspekte als Steuerungsmittel einzusetzen. Ich weiss wie es ist, bei einer Grossfirma zu arbeiten, wo alles über die Finanzen gesteuert wird. Die Prozesse sollten sauber aufgegleist werden, damit die Finanzen entsprechend eingesetzt werden können. Dies muss das nächste Mal bei der Rollenverteilung einer solchen Kommission unbedingt berücksichtigt werden.

**Thomas Meier:** Bei dieser Diskussion geht es mir im Moment zu stark um die Frage, wer ist schuld daran? Der schwarze Peter wird allen gleichzeitig zugeschoben. Der Gemeinderat ist schuld, da er zu wenig Mut bewiesen hat. Die Verwaltung ist schuld, dass die Führungskräfte die WOV-Instrumente nicht genügend eingesetzt haben und auch der Einwohnerrat ist schuld. Sind wir doch ehrlich. Wir reden immer von WOV, aber als es darum ging, WOV anzuwenden, haben wir grosse Mühe damit bekundet. Wichtig ist, was schlussendlich bleibt. Was waren die Ziele dieses Projektes? Ich zitiere aus dem damaligen Bericht: "Die öffentliche Hand funktioniert wirkungsorientiert und verzichtet auf die Steuerung über einzelne Kostenpositionen. An ihre Stelle treten Zielvorgabe und Wirkungskontrolle. Das Personal der Gemeinde arbeitet kunden- und bürgerorientiert. Es wird von einer neuen Dienstleistungsphilosophie geleitet. Das Handeln wird nach der Kunden- bzw. Bürgerzufriedenheit beurteilt. Jedes Verwaltungshandeln ist kostenorientiert. Leistungs- und Ressourcenverantwortung sind dort angesiedelt, wo die Arbeit ausgeführt wird. Alle Aktivitäten führen zu Leistungen, die der Kundschaft etwas nützen". Es ist also eine neue Denkart von einem leistungsfähigen Gemeinderat über eine Verwaltung, die unternehmerisch denkt und einen Einwohnerrat der ab und zu etwas Mut zeigt. Wir könnten die Entscheidung des Gemeinderates nachvollziehen. Allerdings wünschen wir uns, dass das unternehmerische Denken in der Verwaltung weiter getragen wird.

### **Beschluss des Einwohnerrates**

Der vorliegenden Bericht Evaluation WOV-Pilotbetriebe tägi und Bibliothek ist zur Kenntnis genommen worden.

---

Schluss der Sitzung: 20.30 Uhr

Wettingen, 31. Juli 2008

Für das Protokoll:

**Namens des Einwohnerrates  
Präsident**

Hermann Steiner

**Protokollführerin**

Sibylle Hunziker